

»Lasst uns die Maschinerie nicht ölen, sondern Sand ins Getriebe werfen«

45

SPD

So lautete am 7. Juni 1983 die Parole für die Delegierten des Unterbezirks-Ost, die eine Radikalisierung in der Politik der Bremer Sozialdemokratie befürworteten. Nach einem engagierten Einleitungsvortrag des UB-Vorsitzenden Hans-Dieter Müller (siehe Kalenderblatt Nr. 44 vom Mai 2021) verabschiedeten die Delegierten einstimmig dessen Thesenpapier, in dem er den USA und der UdSSR vorwarf, den Atomkrieg vorzubereiten und gleichzeitig zum aktiven und gewaltfreien Widerstand gegen die kurz bevorstehende Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik aufrief.

Tatsächlich hatten sich schon seit April 1981 auch Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen an diversen regionalen und bundesweiten Demonstrationen, Menschenketten, Unterschriftenaktionen und Ostermärschen gegen den sog. »NATO-Doppelbeschluss« vom Dezember 1979 beteiligt, wonach neue US-Mittelstreckenraketen mit Atomsprenkopf vom Typ »Pershing II« sowie Marschflugkörper (»Cruise Missiles«) in der Bundesrepublik und Europa aufgestellt werden sollten, falls die UdSSR nicht ihre SS-20-Raketen abziehen würden. Alle Protestaktionen und Parteitagsbeschlüsse hatten aber nicht vermocht, die Regierung Helmut Schmidt von ihrem NATO-treuen Kurs abzubringen und die Aufrüstungsspirale zu stoppen. Ein in Analogie zur Bewegung »Kampf dem Atom-Tod« der 50er Jahre erfolgter lockerer bundesweiter Zusammenschluss zahlreicher antimilitaristischer Gruppierungen zu einer »Friedensbewegung« beschloss daraufhin unter anderem, im Oktober 1983 in Bremerhaven, dem Brückenkopf der US-Armee in Europa, die amerikanische Carl-Schurz-Kaserne zu umzingeln und die Hafentore zu blockieren. Hieran beteiligten sich auch Gruppen der Bremer SPD bei Sitzblockaden vor den Hafentoren.

Angesichts dessen erstaunt es, dass heute nicht mehr SPD-Stimmen gegen amerikanische Atomwaffen auf deutschem Boden und die Rolle der Bundeswehr bei deren Einsatz laut werden, zumal der Bundestag im März 2010 mit großer Mehrheit die (schwarz-gelbe) Bundesregierung aufgefordert hatte, sich für den Abzug dieser Waffen einzusetzen.